

A n t r a g
(Alternativantrag)

der Fraktionen der SPD und FDP

zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 14/4045 –

Energie sichern – Klima schützen – Arbeitsplätze schaffen

I. Der Landtag stellt fest:

Eine sichere Energieversorgung ist eine Basis unseres Wohlstands. Nur mit ausreichender, umweltschonender und preiswerter Energie kann der globalen Herausforderung einer wachsenden Weltbevölkerung sowie deren Versorgung mit Nahrungsmitteln und sauberem Trinkwasser begegnet werden. Moderne, zukunftsorientierte und nachhaltige Energie- und Klimaschutzpolitik trägt damit auch dazu bei, den Kampf um knapper und teurer werdende Ressourcen und die damit verbundenen sozialen Spannungen zu verhindern. Eine zukunftsorientierte Energiepolitik setzt daher auch auf den Ausbau und die Entwicklung von nachhaltigen und ressourcenschonenden Energienutzungskonzepten.

Für die nächste Zukunft basiert die Energieerzeugung in Deutschland zu einem erheblichen Teil auf begrenzt verfügbaren fossilen Energieträgern. Es gilt, die Energieeffizienz zu steigern und die Energieeinsparpotenziale zu nutzen. Ein Bestandteil moderner Energieerzeugung ist deshalb ein ausgewogener Energiemix aus fossilen und erneuerbaren Energien (das sind Sonne, Wind, Wasser, Biomasse und Erdwärme), wobei weder einzelne Energieträger noch Energietechnologien bevorzugt werden.

Eine moderne Energiepolitik muss folgende Ziele haben:

1. Sicherung der Energieversorgung als Grundlage für Wachstum und Beschäftigung

Weniger als 2 % des Primärenergieverbrauchs von Rheinland-Pfalz basiert auf eigenen Quellen. 98 % basieren auf Bezug von außerhalb. Rheinland-Pfalz ist damit wie Deutschland insgesamt in hohem Umfang von Energieimporten abhängig. Weltweit wächst der Energieverbrauch. Der zur Deckung der wachsenden Nachfrage erforderliche Ausbau der Förderung stößt bei Erdöl zunehmend an Grenzen. Steigende Preise sind die Folge. Hierdurch verteuert sich Deutschlands Energieimport-Rechnung für die Einfuhr von Erdöl, Erdgas und Kraftstoffen von 44 Milliarden Euro in 2002 auf 76 Milliarden Euro für 2006. Dieser mit dem Öl-, Gas- und Kraftstoffimport verbundene Wertschöpfungs-export gefährdet zunehmend Wirtschaftswachstum, Arbeitsplätze, Kaufkraft und Wohlstand. Es muss allerdings auch berücksichtigt werden, dass staatliche Abgaben und Zusatzbelastungen einen erheblichen Kostenfaktor bei den Energiepreisen darstellen, die Betriebskosten erhöhen und die Kaufkraft schwächen und dadurch Arbeitsplätze gefährden können.

2. Ressourcenschonung als Lebensgrundlage für künftige Generationen

Die Minderung der energiebedingten Klimagasemissionen ist weltweit eine der zentralen Herausforderungen. Im Rahmen des EU-Burden sharing hat sich

Deutschland verpflichtet, seine Klimagasemissionen bis 2012 bezogen auf das Basisjahr 1990 um 21 % zu mindern. Der Landtag von Rheinland-Pfalz hat sich 2001 zu dieser Verpflichtung bekannt. Mit einer Minderung von bisher 19 % ist Deutschland auf einem guten Weg zur Zielerreichung. In Rheinland-Pfalz beträgt die Jahresemission an CO₂ 28,7 Mio. t (2000; CO₂ ohne Stromimport). Sie verteilt sich auf Kraftwerke und Industrie zu 36,6 %, auf Haushalte und Kleinverbraucher zu 31,4 % und auf den Verkehr zu 32,0 %. Von 1998 bis 2000 konnten die CO₂-Emissionen um 7,4 % reduziert werden. In Verantwortung für die künftigen Generationen gilt es, diese Minderungen systematisch weiterzuführen.

3. Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und Schaffung von Arbeitsplätzen

Der Energiemarkt ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor mit Milliardenumsätzen. Bei der heutigen öffentlichen Stromversorgung liegt der Anteil der Nettostromerzeugung am Gesamtstromverbrauch bei einem Viertel oder knapp 7 Milliarden kWh. Bei drei Vierteln des Stromverbrauchs findet die überwiegende Wertschöpfung außerhalb von Rheinland-Pfalz statt. Dort sind auch die Arbeitsplätze. Notwendig ist der konsequente Ausbau der Nutzung eigener Energieressourcen und der Ausbau der eigenen Stromerzeugung zur Stärkung der Wirtschaftskraft und zur Sicherung und Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze. Erhebliche Potenziale für Wachstum und Beschäftigung liegen in der Förderung von Energieeinsparung und dem Einsatz von Energieeffizienztechnologien.

Die Strategie zur Erreichung dieser Ziele basiert auf drei Säulen:

- Energieeinsparungen weiter voranbringen,
- Effizienztechnologien fördern und
- die erneuerbaren Energien sinnvoll ausbauen.

Energiepolitik ist Bestandteil moderner Wirtschaftspolitik, die Arbeitsplätze schafft und die Innovationsfähigkeit des Landes fördert. Die Energieversorgung beinhaltet zudem wettbewerbs- und technologiepolitische Aspekte: Investitionen werden unterstützt, neue Märkte erschlossen und die regionale Wertschöpfung wird gesteigert. Energiepolitik setzt sich zum Ziel, eine qualitativ hochwertige und umweltverträgliche Energieversorgung zu sichern, aber auch ihre Wirtschaftlichkeit zu garantieren sowie die Kosten für die Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen zu berücksichtigen.

II. Der Landtag begrüßt in diesem Zusammenhang:

- die Initiativen der Landesregierung, insbesondere die Projekte
 - „Effiziente Energienutzung in Industrieanlagen in Rheinland-Pfalz“,
 - die Studie „Intensivierung der industriellen Kraft-Wärme-Kopplung“ und
 - das Projekt zur Beratung kleiner und mittlerer Unternehmen hinsichtlich effizienter Energienutzung;
- die Einrichtung der EOR (Effizienz Offensive Energie Rheinland-Pfalz), die als Energieagentur des Landes den verantwortungsbewussten Umgang mit Energie vertritt;
- umfassende Informationsangebote beispielsweise durch
 - die „stationäre Energieberatung“ der Verbraucherzentrale,
 - das Beratungsangebot der Energieoffensive Rheinland-Pfalz,
 - der Transferstelle Bingen und des Umweltcampus Birkenfeld,
 - die Beratungsstellen der Kammern, durch Ingenieurbüros und durch Energieversorgungsunternehmen;
- die Förderung der bundesweit ersten Installation eines Kompetenzzentrums für nachhaltiges Bauen und Sanieren beim Umweltzentrum der Handwerkskammer Trier durch die Landesregierung;
- den Aufbau eines Energiecontrollings durch LBB in allen Landesliegenschaften;
- die zahlreichen von der Landesregierung geförderten Projekte zum Aufbau eines Stoffstrommanagements im kommunalen Bereich (u. a. „Zero-Emission-Village“ in Weilerbach);

- die Einrichtung des Kompetenznetzwerks Brennstoffzelle Rheinland-Pfalz;
- dass in Rheinland-Pfalz innerhalb kürzester Genehmigungszeiten hocheffiziente Großkraftwerke (Müllheizkraftwerk/Gas- und Turbinenkraftwerk Mainz, Gas- und Dampfturbinenkraftwerk Ludwigshafen) mit weltweit führender Technologie errichtet wurden;
- die Förderung der Ausrichtung von Fachtagungen für Architekten, Ingenieure und das Handwerk, die die Kenntnisse auf dem Gebiet der Effizienztechnologie ausbauen;
- die Bemühungen der Landesregierung, die energetische Biomassenutzung auf der Grundlage der von ihr beauftragten Biomassepotenzialstudie des Instituts für angewandtes Stoffstrommanagement und die sich daraus ergebenden Chancen für den Einsatz der Biomasse für die Energieversorgung weiterzuentwickeln;
- den von der Landesregierung vorangetriebenen Ausbau der Holzenergie (z. B. Holzhackschnitzel- und Pelletheizsysteme);
- die Initiative des Landes, gemeinsam mit der Wirtschaft die Vorderpfalz zu einer Referenzregion für die geothermische Strom- und Wärmeerzeugung zu entwickeln.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- den von ihr eingeschlagenen Weg im Hinblick auf die Ziele
 - Sicherung der Energieversorgung als Grundlage für Wachstum und Beschäftigung,
 - Schutz des Klimas als Lebensgrundlage für künftige Generationen,
 - Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und Schaffung von Arbeitsplätzen konsequent fortzusetzen;
- in den Energie- und Klimaschutztechnologien die vorhandenen Kompetenzen in den Wachstumsmärkten zu stärken;
- im Rahmen der EnV (Energieeinsparverordnung) die energetische Gebäudesanierung und Heizungserneuerung als Motor für Wachstum und Beschäftigung zu nutzen;
- durch Ausbau der Bioenergie den ländlichen Raum zu stärken;
- den Standortvorteil für die geothermische Strom- und Wärmeerzeugung in der Vorder- und Südpfalz zur Schaffung einer „Referenzregion Geothermie“ zu nutzen;
- die Bewusstseinsbildung und den gesellschaftlichen Konsens über eine zukunftsorientierte Energiepolitik zu forcieren;
- sowie die Informationen für Bürgerinnen und Bürger, Kommunen, Unternehmen, Vereine im Hinblick auf erneuerbare Energien verstärkt einzusetzen.

Für die Fraktion der SPD:
Joachim Mertens

Für die Fraktion der FDP:
Werner Kuhn